

Thema Corona und Verwaltung

Wir haben ein widerspruchsvolles Jahr hinter uns. Keiner wollte am Anfang wissen, dass wir es jetzt wirklich mit einer Pandemie zu tun haben, die besonders ältere Menschen tödlich, aber auch jüngere mit einer erschreckend gefährlichen Krankheit trifft. Schwere und langwierige Krankheitsfolgen kann sie nach sich ziehen, wenn sie auch häufig symptomlos oder –arm verläuft. Eine hohe Ansteckungsgefahr hat unser Leben umgekrempelt. Es wurde mehr oder weniger taugliche Maßnahmen getroffen, um die Gefahr zu mindern. Aktuell müssen wir wieder feststellen, dass die Ansteckungszahlen nicht, wie erhofft, weiter zurückgehen, sondern aufgrund der Mutationen steigen. Das war ein Jahr, in dem wir alle und ganz besonders die öffentliche Verwaltung schwer gefordert war. Deshalb gilt allen Abteilungen der Kreisverwaltung zuerst einmal mein Dank. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Jahr ungeheuerlich viel geleistet haben, ob im Gesundheitsamt und natürlich auch der Kreisklinik bei der Gesundheitsversorgung und Nachverfolgung, ob in der Schulverwaltung und in den Schulen, die häufig von Freitag auf Montag ein neues Konzept umsetzen mussten, in allen Abteilungen, die sich innerhalb von kurzer Zeit auf online-Angebote und mobiles Arbeiten umstellen mussten, gut wenn sie wie das Jobcenter gut darauf vorbereitet waren. Und natürlich gilt mein Dank besonders auch der Finanzverwaltung, die bei diesem Haushaltsplan besonders flexibel sein musste und es auch war. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsrechnung von 2020 und neuer Zahlen musste schnellstens Haushaltsansätze angepasst werden. Und das für ein weiteres Jahr, von dem wir nicht wissen, wie lange und wie intensiv uns Corona im Griff haben wird. Vielen Dank allen Beschäftigten und der Hausspitze, die oftmals rund um die Uhr im Dienst war.

Rückblick auf die letzten fünf Jahre Koalition

Die letzte Haushaltsrede vor der Kommunalwahl ist aber auch die Gelegenheit auf die letzten fünf Jahre zurückzublicken. DIE LINKE war das erste Mal an einer Koalition beteiligt. Ich weiß, dass wir am Anfang sehr skeptisch waren, ob dies mit SPD und Grünen und einer starken Verwaltungsspitze möglich ist. Auf Basis eines guten Koalitionsvertrages waren wir allerdings zuversichtlich und haben solidarisch und konzentriert diesen Vertrag abgearbeitet. Es ist in der Natur der LINKEN, dass wir uns höhere Ziele stellen, als wir in fünf Jahren umsetzen können, allerdings haben uns eher die äußeren Umstände gehindert als die Bereitschaft innerhalb der Koalition daran zu arbeiten.

Was war uns vor fünf Jahren wichtig und wie konnten wir es realisieren?

Unterstützung von Menschen in finanziell schwierigen Situationen

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit war es uns wichtig darauf zu schauen, wie Menschen in finanziell schwierigen Situationen unterstützt werden können. Das Jobcenter hat sich in diesen Jahren stark weiterentwickelt. Die Unterstützung von arbeitslosen Menschen und solchen mit niedrigen Einkommen konnte ausgebaut werden. Inzwischen hat sich die Erreichbarkeit verbessert und wird ständig daran gearbeitet, die Akten sind digitalisiert, so dass keine mehr verloren gehen können, es wird viel getan, um Sanktionen zu vermeiden, das Jobcenter unterzieht sich regelmäßig einer Befragung von außen. Eine Ombudsstelle für die Bearbeitung von Konflikten wurde eingerichtet. Heute werden wir einen Antrag verabschieden, der es allen SGB-II-Bezieher*innen ab August ermöglichen wird ein ermäßigtes Ticket für den öffentlichen Nahverkehr zu beziehen. Das war nicht einfach, da der RMV nicht sehr offen für diese Art von Ticket ist, während Jobtickets ansonsten gerne verhandelt werden.

Einstieg in den Nulltarif

Natürlich wären wir heute gerne weiter gekommen auf dem Weg zu einem Nulltarif im Nahverkehr, um mehr Menschen zum Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bewegen, da bieten sich auch die Übergänge von Fuß- und Radverkehr auf Bus und Bahn an.

Für eine Umlagefinanzierung müssten allerdings Landesgesetze geändert werden. Und das Land setzt erst einmal auf das 365 Euro Ticket, das ist nicht falsch, allerdings sehen wir den ÖPNV als notwendige und von allen, die es können, zu finanzierende Maßnahme, besonders auch von Unternehmen und dem Einzelhandel, wie es in Frankreich passiert. Allerdings Herr Bach, wenn Sie uns am Donnerstag auf dieses Ticket hinweisen und der Meinung sind, dass es für alle gilt, dann sind Sie heftig auf dem Holzweg. Gerade Menschen mit geringen Einkommen sind nicht vorgesehen. Schüler*innen können davon profitieren, einige kostenlos bis zur 10. Klasse, andere für 365 Euro bis zum Abschluss der Ausbildung. Senior*innen können einen Nutzen davon haben. Allerdings sagen mir viele, dass ihnen das Ticket zu teuer ist, weil sie es nicht oft genug nutzen können. Wir brauchen eine gute Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs, so dass er wirklich allen die Möglichkeit gibt mobil zu sein – und mit den Bussen der LNVG demnächst auch emissionsfrei. Diese Finanzierung können wir nur über eine stärkere Beteiligung von Bund und Land aber auch von allen, die davon einen Nutzen haben, erreichen. Dazu gehören auch Autofahrer*innen, die anschließend weniger im Stau stehen.

Klimaschutz

Wie wichtig Klimaschutz, Artenschutz und Biodiversität sind, haben uns die letzten Jahre deutlich gemacht. Starkwetterereignisse, Umweltkatastrophen, die Menschen auf die Flucht zwingen, aber auch die Pandemie machen deutlich, dass wir nicht weiter so wirtschaften und konsumieren dürfen, wenn wir uns nicht die eigenen Lebensgrundlagen entziehen wollen. Die Schäden, die getragen werden müssen, wenn wir nicht in der Lage sind, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, werden die Corona-Schäden massiv übersteigen und sind heute unvorstellbar. Deshalb war es so wichtig, dass der Kreis sich der Verkehrswende, der Energiewende und der Agrarwende stellt. Für uns als LINKE ist es wichtig darauf zu achten, dass Menschen mit niedrigen Einkommen dabei nicht abgehängt werden. Deshalb sind solch kleine Maßnahmen wie die Bezuschussung des Mittagessens in den Schulen wichtig. Die Erhöhung des Bioanteils auf 80 Prozent führt dann eben nicht zu höheren Kosten bei den Eltern und unterstützt die regionale und Ökolandwirtschaft.

In vielen Fällen ist der Kreis Vorreiter, ob es die Passivhausbauten sind, die dazu führen, dass die Belüftung in den Schulen zu Corona-Zeiten viel besser zu händeln ist, die Nutzung von regenerativen Energien und die Einsparung von Heizenergie insbesondere, aber auch der Stromverbrauch wäre viel höher, wenn nicht gegengesteuert werden würde. Da ist ja lustig, wenn in den Haushaltsberatungen von der CDU ein Antrag vorgelegt wird, wo die Prüfung von Photovoltaikanlagen geprüft werden soll. Wo waren Sie eigentlich in den letzten Jahren? Hier im Kreistag kann es nicht gewesen sein. Bereits 2000 wurden in vier Schulen solche Anlagen installiert, ein Grundsatzbeschluss, dass dies für alle öffentlichen Gebäude gilt, auf denen es notwendig ist, ist älter, als ich im Kreistag bin. Aber herzlich willkommen in der Realität.

Tierschutz

Vorreiter ist der Kreis auch beim Tierschutz und der Vertretung von Tierrechten, z.B. durch die Einrichtung eines Tierbeirates. Auch wenn es hier sicher noch vieles zu tun gibt, z.B. im Hinblick auf vegetarische und vegane Ernährung. Kaum ein Kreistag, der sich regelmäßig mit den Themen beschäftigt, die aber viele Menschen interessieren. Es wird Zeit, dass wir Tiere nicht als Objekte, sondern als Subjekte sehen. Heute liegt ein kleiner Antrag dazu vor. Die Unterstützung der Tierheime ist wichtig, weil Tiere fühlende Wesen und leiden, wenn sie nicht ausreichend versorgt werden.

Ende letzten Jahres wurde über 60 Millionen Euro Einnahme-Ausfälle bei den deutschen Tierheimen allein wegen der Pandemie berichtet. Deshalb tun wir gut daran, einen Art Hilfsfond auf den Weg zu bringen, sozusagen ein „Corona-Hilfspaket für Tierheime“ zu

schnüren. Einmalig insgesamt 25.000 € für Vereine, die sich aktiv (in ganz praktischer Weise) um Tiere kümmern, aber wegen der Coronakrise in finanzielle Not geraten sind.

Der genannte Betrag wird in den Haushalt eingestellt und kann von den berechtigten Vereinen – bspw. auch der Fasanerie-Verein oder Katzenhilfe-Vereine – je nach Antrag in Anspruch genommen werden.

Unser Dank gilt den vielen zumeist rein ehrenamtlichen Mitarbeiter*Innen verbunden mit dem Appell an die Bevölkerung, Tierheime zu unterstützen.

Kreisklinik und Gesundheit

Leider ist es mir nicht möglich auf alle Verdienste der Koalition aus den letzten fünf Jahren einzugehen. Wir haben nachher nochmal die Gelegenheit zur Kreisklinik zu diskutieren. Eine Kreisklinik, die es unter einer anderen Kreiskoalition heute nicht mehr geben würde. Sie wäre abgewickelt worden mit wesentlich höheren Kosten als prognostiziert wurde. Der Kreis hätte noch mehr Kosten für Personal dauerhaft zu tragen und die Gesundheitsversorgung würde sich massiv verschlechtern – und damit meine ich nicht nur die stationäre Versorgung. Mit der Umwandlung zu einem intersektoralen Gesundheitszentrum, das weiter auf der Agenda steht, wird auch die ambulante Versorgung in der Kreisfläche gestärkt.

Gerne wären wir bei der Versorgung von bezahlbarem Wohnraum weiter vorangekommen, der Kreis ist weiterhin bereit die Kommunen zu unterstützen und tut sein Möglichstes. Mehr Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand würden zur Deckelung von Mieten führen.

Immer mehr Aufgaben für zu wenig Geld

Trotz viele Innovationen und neuen Impulse, trotz einer flächendeckenden Schulsozialarbeit, dem bedarfsgerechten Ausbau der Schulen unter einem hohen Kostendruck, trotz einer gnadenlosen Unterfinanzierung des Kreises durch das Land. Alleine, wenn wir uns anschauen, wie hoch die Coronakosten für die Verwaltung bezüglich der Ausstattung mit Hard- und Software und bei den Telefonkosten beträgt, bedeutete das hohe Anstrengungen im 2020er wie im vorliegenden Haushaltsplan. Für die IT-Beschaffung ist zwar Geld vom Land geflossen, aber auch das reicht nicht. Oder wie wollen Sie 60 Arbeitsplätze mit Technik ausstatten und dafür nur jeweils 450 Euro ausgeben?

Da ich in den vergangenen Jahren aber immer auf die deutliche Unterfinanzierung durch Land und Bund und die zunehmenden Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden, eingegangen bin, spare ich mir das heute, aber nur aus Zeitgründen. Das ist und wird ein wesentliches Thema für die neue Wahlperiode sein. Wir dürfen nicht weiter zuschauen, wie Städte und Gemeinde und die Kreise gegeneinander aufgewiegelt werden und sich um die Brotkrumen streiten, die ihnen von Bund und Land für die wesentliche Versorgung der Bevölkerung übriggelassen werden. Es wäre an der Zeit, dass Kommunen und Kreise Seit an Seit sich für bessere Finanzausstattung engagieren und dafür sorgen, dass die Belastung der Bürger*innen verringert werden.

Gewalt gegen Frauen - Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Kommunen werden viele Folgen von Corona auffangen müssen, wie auch vom Klimawandel, viele Folgen, die jetzt deutlicher werden, aber auch alte Versäumnisse und Fehlentwicklungen zeigen. Dabei will ich nur auf das Thema Gewalt gegen Frauen eingehen. Es war gut und richtig, dass der Kreis ein zweites Frauenhaus ermöglicht. Ich hoffe, dass es entsprechende Finanzierungsmittel vom Bund gibt. Wenn ich allerdings weiß, dass das Sozialbudget des Landes mit den kommunalisierten Landesmitteln nicht einmal dynamisiert wird, sehe ich große Probleme bei der Finanzierung der Unterstützung der Frauen. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist sowieso schon prekär in Hessen. Wichtig ist auch der heutige Beschluss zur Erweiterung des Frauenbüros.

Im Übrigen eine typische Sache: die Istanbulkonvention wurde vor drei Jahren verabschiedet. Damit wurde auf allen Ebenen die Verpflichtung übernommen sie umzusetzen. Wer tut es die Kommunen, allerdings schleppend, und ohne finanzielle Ausstattung durch die staatlichen Ebenen, die die Steuereinnahmen verwalten.

Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen. Angesichts des Jahrestages der Morde in Hanau bin ich froh, dass der Kreis Groß-Gerau seit langer Zeit ein Netzwerk gegen Rechts hat. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleg*innen in der Abteilung, die auch in Pandemiezeiten, wie viele andere, zusätzliche Aufgaben übernommen werden. Wir sind gefordert Rassismus und Hass eine solidarische Gesellschaft entgegenzusetzen, die nicht nach Migrationshintergrund, Namen und Aussehen differenziert. Eine Gesellschaft, die akzeptiert, wenn Menschen in Deutschland leben und nicht versucht Asylsuchende abzuschieben, denen dann auch noch Tod und Verfolgung drohen. Eine Gesellschaft, die ihre Vielfalt akzeptiert und dafür sorgt, dass niemand diskriminiert wird. Eine demokratische Gesellschaft, die auf die Beteiligung der Einwohner*innen setzt. Die für Transparenz und Teilhabe steht.

Das ist eine Gesellschaft, in der ich, in der wir als LINKE leben wollen. Wir sind im Kreis Groß-Gerau in den letzten fünf Jahren unserem Ziel ein Stück weiter entgegengekommen.